

Redeentwurf zur
Aktuellen Debatte der SPD
„Starkregen, Hochwasser, Sturzfluten – wie gut
ist Baden-Württemberg auf Unwetterlagen
vorbereitet?“
für Andreas Schwarz
10. Plenarsitzung
am Mittwoch, 21. Juli 2021
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP 1

Rededauer: Zehn Minuten (8/2)

Redereihenfolge:

SPD, GRÜNE, CDU, FDP, AFD

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin, / Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

**die Bilder und Nachrichten der letzten Tage haben mich sehr
betroffen gemacht.**

Der Kollege Stoch hat es bereits mit treffenden Worten angesprochen.

Unser Mitgefühl gilt jetzt all denen, die Angehörige verloren haben.

Unser Mitgefühl gilt denen, die nach zwei Tagen Starkregen und
Hochwasser vor vernichteten Existenzen stehen.

Und es gilt denjenigen, die durch ihre Hilfe selbst Opfer der Flut wurden.

Meine Damen und Herren,

im Angesicht dieser Katastrophe gilt es, zusammen zu stehen.

Die Landkreise koordinieren unermüdlich die Arbeit der vielen Organisationen, der Helferinnen und Helfer.

Beamtinnen und Beamte der Polizei, Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr retten mit Hubschraubern Menschen von Hausdächern und Balkonen.

Haupt- und Ehrenamtliche der Sanitäts- und Rettungsdienste evakuieren Altenheime und Krankenhäuser.

Feuerwehr, technisches Hilfswerk, Bergwacht und viele andere Organisationen helfen, Menschen zu retten – auch unter Gefahr für das eigene Leben.

Besonders hervorheben möchte ich, dass diese Organisationen zu einem ganz deutlichen Anteil aus Ehrenamtlichen und Freiwilligen bestehen.

Ihnen gilt mein ganz besonderer Dank!

Sie haben Menschenleben gerettet und machen sich jetzt daran, die Infrastruktur wieder herzustellen. Gemeinsam und solidarisch.

Helferinnen und Helfer aus den betroffenen Regionen im Rheinland und in der Eifel, und aus der ganzen Republik, auch aus Baden-Württemberg, krempeln jetzt die Ärmel hoch und haben mit Schaufel und Spaten begonnen, Häuser und Straßen von Schlamm zu befreien.

Hier zeigt sich, dass wir ein Land sind, in dem Solidarität allen Unkenrufen zu Trotz gelebt wird. Herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren,
wenn diese Ereignisse ein Weckruf sind,
dann dafür, dass wir uns mit ganzer Energie daran machen,
gemeinsam **Deutschland resilienter zu machen,**
damit wir unser Land für den erfolgreichen Umgang mit Krisen
besser vorbereiten und es widerstandsfähiger machen.

Auch deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal für die von uns
angeregte Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ werben.

Denn es ist nicht nur die Corona-Pandemie, die uns vor
Herausforderungen stellt.

Wir schauen mit ganz neuen Augen

- auf den Katastrophenschutz,
- darauf, wie der Bevölkerungsschutz aufgestellt ist und
- darauf, ob das, was wir als „kritische Infrastruktur“ bezeichnen,
ausreichend geschützt ist.

Wir brauchen in Deutschland eine neue Warnkommunikation. Eine Warnkommunikation über die klassische Feuerwehirsirene und die NINA-App hinaus.

Denken Sie beispielsweise an das Mobilfunknetz, das in den Hochwasserregionen ausgefallen ist, weil dort die Stromversorgung weggebrochen ist. Internet und Fernsehen funktionieren dann nicht mehr.

Damit sind wichtige Kanäle entfallen, um die Bevölkerung mit Warnhinweisen zu erreichen. Wir brauchen also Konzepte, die uns bestmöglich auf solche Fälle vorbereiten.

Denken Sie auch an die Frage, ob die Warnmeldungen der Wetterdienste, die es im Vorfeld ja gab, rechtzeitig weitergeleitet und ernst genommen wurden.

Das sind Fragen, die wir auch in Bezug auf Baden-Württemberg noch einmal genau in den Blick nehmen werden!

Dazu werden wir, das kann ich heute schon ankündigen, das Katastrophenschutzgesetz grundlegend überarbeiten.

Und wir werden die Organisationen des Bevölkerungsschutzes mit Blick auf Material, Ausrüstung und Geräte besser aufstellen.

Nicht zuletzt deswegen, weil es Ehrenamtliche sind, die sich mitunter selbst in Gefahr bringen, um andere zu retten. Diese ehrenamtlichen Helfer stellen wir optimal auf für ihre Einsätze.

Das sind wichtige Punkte, damit wir gut gewappnet sind!

Denn, meine Damen und Herren, die Häufung von Starkregenereignissen ist kein Zufall.

Wir werden morgen über die Sanierung der Oper sprechen, deren Dach vor wenigen Wochen vom Sturm zerstört und herabgeweht wurde.

Auch in Stuttgart stand da das Wasser hoch und lief in die Unterführungen.

Und die Feuerwehr in Kirchheim unter Teck hatte allein in den letzten Wochen rund 200 Unwettereinsätze zu bewältigen.

Und die selbe Wetterlage, die die katastrophalen Fluten im Rheinland und in der Eifel verursacht hatte, hat dazu geführt, dass in Lörrach der Notstand ausgerufen werden musste, dass bei unseren Nachbarn in Österreich und in Oberbayern Hochwasseralarm herrschte.

Der Begriff vom „Jahrhundert“-Hochwasser ist längst irreführend.

Wir wissen nicht, wo oder wann das nächste Starkregenereignis kommt, wo die nächste Flut.

Doch wir können uns leider sehr, sehr sicher sein, dass es irgendwo im Land in den nächsten Jahren erneut zu solchen Ereignissen kommen wird.

Der menschengemachte Klimawandel erhöht die Chance für solche Katastrophen außerordentlich.

Und darauf müssen wir uns einstellen!

Dafür müssen wir vorsorgen!

Wir erleben eine Häufung von Starkregenereignissen, und gleichzeitig – denken sie an die letzten Jahre, denken Sie an Nordamerika und Kanada – eine Häufung von Hitzeperioden.

Hinter beidem steckt der gleiche Mechanismus. Der Jetstream verliert an Kraft.

Deswegen bleiben Hoch- und Tiefdruckgebiete – und mit Ihnen Hitze, Dürre, Niederschläge und Unwetterlagen - länger an einer Stelle.

Und: Wärmere Luft speichert mehr Wasser. Das dann wieder als stärkerer Niederschlag fällt.

Das heißt: die Klimakrise ist längst da.

Und darauf müssen wir reagieren!

Meine Damen und Herren,

es geht jetzt zunächst darum, den Menschen zu helfen.

Das hat Priorität.

Sofortige Hilfe ist das eine, reicht aber nicht.

Ebenso geht es um die Vorsorge – kurzfristig genauso wie langfristig.

Der Vorschlag von Annalena Baerbock ist richtig, einen bundesweiten Fonds aufzulegen, um unbürokratisch gegen Klimaschäden zu helfen, einen „Klima-Anpassungsfonds auf Bundesebene“.

Und auch die Kommunen müssen unterstützt werden bei der Vorsorge.

Das sind aus meiner Sicht sehr sinnvolle Überlegungen!

Ebenso halte ich die Idee unseres Ministerpräsidenten für sinnvoll, die Elementarschadensversicherung als Pflichtversicherung auszugestalten, um die private Vorsorge zu unterstützen.

Denn hier haben sich die Voraussetzungen geändert.

Deswegen muss sich hier etwas bewegen!

Meine Damen und Herren,

auf lange Sicht ist Klimaschutz ist das wirksamste Gegenmittel.

Spätestens seit 2006 [*Stern-Report*] wissen wir, dass Klimaschutz sich auch finanziell auszahlt. Jeder Euro, den wir jetzt für den Klimaschutz in die Hand nehmen, spart uns fünf Euro ein, die in Zukunft für Anpassungsmaßnahmen anfallen würden.

Gleichzeitig reden wir von langen Zeiträumen.

Die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, um auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen, werden erst in Jahrzehnten eine sichtbare Wirkung entfalten.

Trotzdem sind sie jetzt notwendig.

Denn auf lange Frist sind sie viel wirkungsvoller als alle Klimaanpassungsmaßnahmen. Und sie kosten wesentlich weniger Geld als die Katastrophen- und Wiederaufbauhilfen.

Ich habe eingangs davon gesprochen, dass wir gemeinsam daran arbeiten sollten, Deutschland resilienter zu machen.

Dazu braucht es die Vorsorge genauso wie den Klimaschutz.

Das gehört zu meinem Verständnis von einem modernen Staat: sich um das zu kümmern, was jetzt notwendig ist – und gleichzeitig vorausschauend und vorsorgend aktiv zu werden.

Deswegen ergreifen wir jetzt Klimaschutzmaßnahmen, um Katastrophen in zehn oder zwanzig Jahren zu verhindern!

Meine Damen und Herren,

der Klimaschutz für morgen entbindet uns nicht davon, heute alles dafür zu tun, um die Folgen der Extremwetterereignisse abzumildern.

Das ist ein Weg, den wir seit 2011 beschreiten.

Um nur ein Beispiel zu nennen: mit der Zweckbindung des Wasserentnahmeentgelts für den Hochwasserschutz ist es uns gelungen, hier gut voranzukommen und ein umfangreiches Investitionsprogramm aufzulegen.

Zum Hochwasserschutz gehört der Schutz der Gewässerrandstreifen.

Dazu gehört es, den Flüssen Platz zurück zu geben.

Und dazu gehört die Ausweisung von Retentionsflächen – also geplanten Überschwemmungsflächen, in denen sich Hochwasser sammeln kann, ohne Schäden auszulösen.

Wir investieren jährlich über 80 Mio. Euro in Rückhaltebecken und Dämme für die großen Flüsse – das ist drei Mal so viel wie 2011.

Und das zahlt sich aus!

Das sind wichtige Vorsorgemaßnahmen.

Hochwasserschutz ist eine Aufgabe, die uns überall im Land betrifft. Den Städten und Kommunen kommt hier eine ganz besondere Rolle zu.

Bei der Ausweisung von Flächen und in den Flächennutzungsplänen.

Und dabei, die Städte so umbauen,

- dass sie viel Wasser schnell aufnehmen können wie ein Schwamm und
- dass sie in Hitzeperioden durch Begrünung und städtebauliche Maßnahmen kühl bleiben.

Hier liegt noch einiges vor uns!

Meine Damen und Herren,

gemeinsam und in großer Solidarität kann es uns gelingen,
Deutschland resilienter zu machen – widerstandsfähiger und stärker
gegen Krisen und Katastrophen.

Wir Menschen neigen ja dazu, Dinge zu verdrängen.

Deswegen habe ich eine Bitte: So schrecklich die Bilder der Zerstörung
aus den betroffenen Regionen sind – schieben wir diese nicht beiseite,
sobald der Schutt weggeräumt und der Wiederaufbau angelaufen ist.

Lassen Sie uns diese Bilder nicht einfach wegschieben.

Vor allem dann nicht, wenn wir gemeinsam entscheiden, wie wichtig uns
der Hochwasserschutz und der Katastrophenschutz sind. Und wie
wichtig uns der Klimaschutz ist.

Denn es geht jetzt um beides: um die Anpassung an die Klimakrise, die
ja heute schon da ist – und darum, zu verhindern, dass sie morgen in
voller Wucht zuschlägt!

Das packen wir gemeinsam an.

Herzlichen Dank!